

Auslandsschuldenlast weltweit

Handelskonflikte und Kriege verschärfen Schuldenlast im Globalen Süden

Von Malina Stutz

In 44 Staaten des Globalen Südens sind die öffentlichen Haushalte durch den Auslandsschuldendienst sehr hoch, in 25 weiteren hoch belastet. Dies schränkt nicht nur den fiskalischen Handlungsspielraum für Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge massiv ein, sondern verwehrt auch Hunderten Millionen Menschen weltweit die Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte. Anhaltende Kriege sowie handels- und geopolitische Spannungen verschärfen die Lage vieler Länder im Globalen Süden zusätzlich, die zugleich von schwankenden Rohstoffpreisen, einem Rückgang des Tourismus und einer aufgrund großer Unsicherheiten deutlich verteuerten Kreditvergabe internationaler Gläubiger betroffen sind.

Der Schuldenreport 2026 befasst sich mit dem Risiko von öffentlichen Auslandsschuldenkrisen. Dazu analysiert **Abschnitt 1** dieses Textes die aktuelle Situation und Entwicklung der öffentlichen Auslandsschuldenlast aller Länder weltweit. Dies geschieht mittels dreier Indikatoren, die jeweils die öffentliche Auslandsverschuldung beziehungsweise den öffentlichen Schuldendienst an ausländische Gläubiger ins Verhältnis zu einem Indikator der Wirtschaftsleistung setzen. Darüber hinaus berücksichtigt diese Analyse, in welcher Währung die Verschuldung denominiert ist und welche Stellung die Landeswährung des Schuldnerlandes in der internationalen Währungshierarchie einnimmt.

In **Abschnitt 2** wird die Analyse um eine qualitative Betrachtung globaler Krisendynamiken ergänzt. Denn

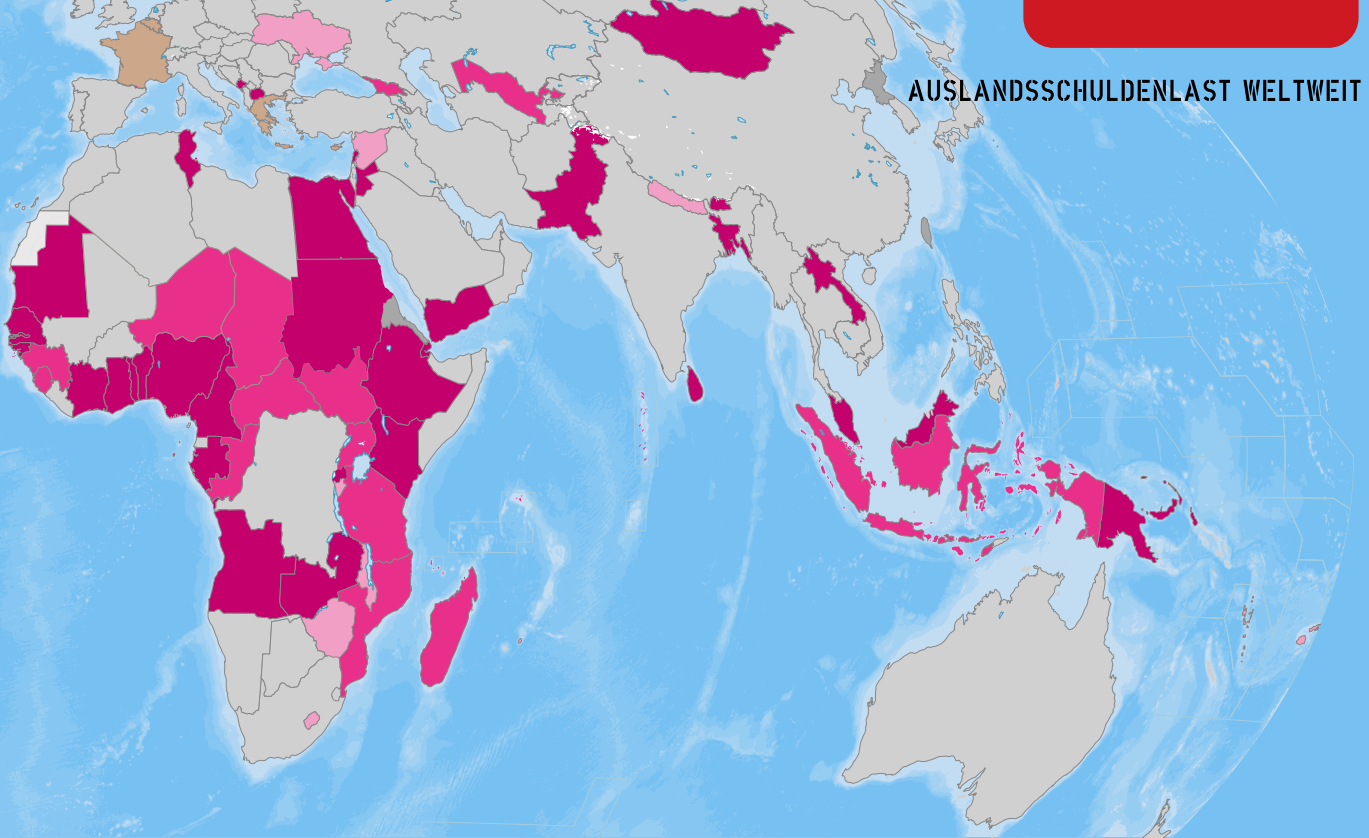
ob eine hohe Auslandsschuldenlast tatsächlich in eine Schuldenkrise mündet und damit zu einem realen Problem für die Bevölkerung wird, hängt nicht nur von den Verschuldungskennzahlen eines Landes ab, sondern auch maßgeblich von globalen Dynamiken.

Abschnitt 1: Öffentliche Auslandsschuldenlast weltweit

Von 198 untersuchten Ländern wird die Belastung der öffentlichen Haushalte durch den Auslandsschuldendienst in 45 Staaten als sehr hoch und in 25 Staaten als hoch eingestuft.¹ In weiteren 15 Ländern lässt sich mit Blick auf die öffentliche Auslandsverschuldung aktuell noch keine Belastung, aber ein Belastungsrisiko identifizieren, während in 99 Staaten auch kein Risiko identifiziert werden kann. In vier Ländern ergibt sich ein uneindeutiges Bild. Für zehn Länder liegen keine Daten zur Bewertung der öffentlichen Auslandsschuldensituation vor.²

1.1. Sehr hoch belastete Länder

Die 45 Staaten, die als **sehr hoch belastet** eingestuft werden, müssen in den Jahren 2026-2028 mindestens 15 Prozent ihrer Staatseinnahmen für Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger aufwenden (siehe Abbildung 2, S. 12). Dazu zählen 44 Staaten im Globalen Süden sowie der europäische Kleinstaat San Marino. In diesen 44 sehr hoch belasteten Ländern im Globalen Süden ist von einer akuten Belastung des Staatshaushaltes durch den Auslandsschuldendienst auszugehen.



Box 1: Die globale Verschuldung wächst – mit ungleich verteilter Last

Die weltweite öffentliche Verschuldung hat einen historischen Rekordwert von mehr als 100 Billionen US-Dollar erreicht.³ Während das Erreichen immer neuer Höchstwerte in einem kreditbasierten Geldsystem und einer wachstumsorientierten Weltwirtschaft normal ist, liegt das eigentliche Problem in der unterschiedlichen Struktur der Verschuldung und der daraus resultierenden ungleichen Belastung in Nord und Süd.

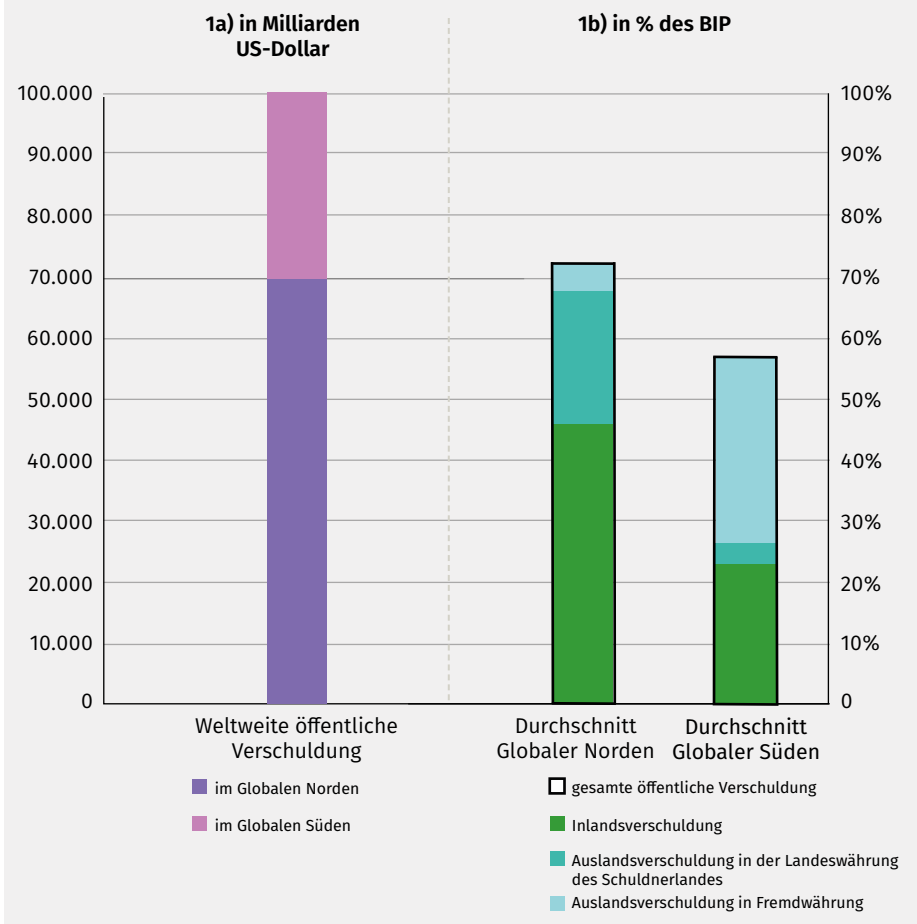
Rund 70 der 100 Billionen US-Dollar entfallen auf Länder des Globalen Nordes. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt die durchschnittliche öffentliche Verschuldung im Globalen Norden rund 72 Prozent; in Ländern des Globalen Südens ist diese Quote mit rund 58 Prozent deutlich geringer (siehe Abb. 1 auf S. 10).⁴ **Trotz geringerer Verschuldung** – sowohl nominal als auch im Verhältnis zum BIP – **ist die Belastung für Länder des Globalen Südens jedoch viel höher**: Im Schnitt müssen sie rund 13 Prozent ihrer Staatseinnahmen als Schuldendienst an ausländische Gläubiger abführen, während diese Quote mit knapp sechs Prozent in Ländern des Globalen Nordens weniger als halb so hoch ist (siehe Abb. 3 auf S. 14).

Der Grund für diese ungleiche Belastung ist das zutiefst **asymmetrische globale Finanz- und Geldsystem**. Afrikanische Länder zahlen zum Beispiel am internationalen Markt im Schnitt rund dreieinhalbmal so hohe Zinsen wie die USA (siehe Abb. 5 auf S. 17). Zudem können sich Länder des Globalen Nordens aufgrund der **historisch bedingten Vermögenskonzentration im Norden** und der starken Stellung ihrer Währungen in der **internationalen Währungshierarchie** deutlich umfangreicher im eigenen Land und in der eigenen Währung verschulden. Konkret beträgt der Anteil der Auslandsverschuldung im Globalen Norden gemessen an der gesamten öffentlichen Verschuldung durchschnittlich nur rund 36 Prozent, wovon 85 Prozent in der Landeswährung des jeweiligen Schuldnerlandes denominated sind. Im Globalen Süden hingegen ist die Quote der Auslandsverschuldung mit 61 Prozent deutlich höher. Besonders folgenschwer ist, dass der Großteil der Auslandsschulden (rund 89 Prozent) in ausländischer Währung – allen voran in US-Dollar – denominated ist (siehe Abb. 1b).

Die Auslands- und Fremdwährungsverschuldung macht Länder des Globalen Südens **besonders anfällig für weltwirtschaftliche Verwerfungen**, wie sie derzeit etwa infolge von **Handelskonflikten** und **Kriegen** entstehen (siehe Tab. 1 auf Seite 10 und Abschnitt 2 ab S. 19). Hinzu kommt, dass Länder im Globalen Süden diese Abhängigkeiten aufgrund der schwachen Stellung ihrer Währungen auch durch die Verschuldung im Inland beziehungsweise in inländischer Währung nicht vollständig überwinden können (siehe Box 6 auf S. 20).

Festzuhalten ist, dass **strukturelle und historisch bedingte Asymmetrien** zu einer erhöhten Auslandsschuldenlast in Ländern des Globalen Südens führen – mit schwerwiegenden Folgen für die Verwirklichung wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte.

Abb. 1: Struktur der öffentlichen Verschuldung



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung. Daten auf Grundlage der *International Debt Statistics* der Weltbank (2025), von IWF-Länderberichten sowie Angaben nationaler Finanzministerien und Notenbanken.

Bereits heute lässt sich feststellen, dass in den Ländern mit sehr hoher Auslandsschuldenlast der Anteil der Menschen in extremer Armut mit rund 18 Prozent fast doppelt so hoch ist wie im weltweiten Durchschnitt (siehe Tabelle 2). In den Ländern, für die Armutsdaten verfügbar sind und die eine sehr hohe Belastung aufweisen, leben 234 Millionen Menschen unterhalb der extremen Armutsgrenze von kaufkraftbereinigten drei US-Dollar pro Tag.⁵ Die besonders niedrigen öffentlichen Ausgaben für wichtige Sozialleistungen in diesen Ländern erschweren die Lebensbedingungen zusätzlich.

Die sehr hohe Auslandsschuldenlast schränkt den fiskalischen Handlungsspielraum für Sozialausgaben weiter ein, was sich unmittelbar auf das Leben von Millionen von Menschen auswirkt: In den sehr hoch belasteten Ländern **Kenia, Nigeria, Ghana** und **Äthiopien** etwa führten Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich zu einem akuten Mangel an Lehrmaterialien, Medikamenten und Medizintechnik.⁶ Dadurch verschlechtert sich der Zugang zu Gesundheits- und Bildungsleistungen insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen und im ländlichen Raum. Gleichzeitig sind Bildungs- und Gesundheitsfachkräfte von Lohnkürzungen und -ausfällen sowie von einer akuten Überbelastung mit schweren physischen und psychischen Folgen betroffen. Dies gilt besonders für Frauen, da sie überproportional häufig im Sozial- und Bildungsbereich tätig sind, oft zusätzlich anfallende Care-Arbeit stemmen müssen und es beispielsweise in der Gesundheitsversorgung von Schwangeren und Müttern zu Engpässen kommt. Gleichzeitig entstehen Finanzierungsprobleme bei Gewerkschaften, und die Austeritätspolitik ist häufig mit weiteren restriktiven Maßnahmen verbunden, die die gewerk-

Tab. 1: Risiken der ...

Auslandsverschuldung	Verschuldung in Fremdwährung
<ul style="list-style-type: none"> • Vermögenstransfer ins Ausland • weniger stabile Refinanzierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wechselkursrisiko • Exportdruck • kein inländischer Kreditgeber letzter Instanz • weniger stabile Refinanzierung

Anmerkung: Als Auslandsverschuldung wird eine Verschuldung gegenüber ausländischen Gläubigern bezeichnet. Für eine ausführliche Diskussion der Risiken der Auslandsverschuldung und der Verschuldung in ausländischer Währung siehe das Handbuch von *erlassjahr.de* (2021): „Von Gläubigern und Schuldner“, S. 13 ff.

Box 2: Auslandsschuldenkrise: Wenn Schulden Menschenrechte gefährden

In diesem Report wird von einer **Schuldenkrise** gesprochen, wenn die Verschuldung die Wirtschaft des betroffenen Landes destabilisiert und die Handlungsfähigkeit der Regierung so stark einschränkt, dass die Gewährung grundlegender wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte der Bevölkerung gefährdet ist. Eine **öffentliche Auslandsschuldenkrise** liegt demnach vor, wenn die Schulden der öffentlichen Hand gegenüber ausländischen – öffentlichen wie privaten – Gläubigern zu einem solchen Krisenfaktor werden.

Die standardisierte Analyse der öffentlichen **Auslandsschuldenlast** weltweit gibt Aufschluss über einen zentralen **Risikofaktor** für Auslandsschuldenkrisen. Diese quantitative Analyse allein stellt jedoch ausdrücklich keine abschließende Bewertung dar, ob sich ein Land tatsächlich in einer Schuldenkrise befindet. Um eine solche Aussage treffen zu können, bedarf es zusätzlich einer qualitativen Einzelfallanalyse. Eine solche Bewertung kann nur selektiv vorgenommen werden – insbesondere dann, wenn auf Grundlage der Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort eine entsprechende Expertise vorliegt.

schaftliche Organisation einschränken (siehe dazu auch „Schulden oder Würde“ ab S. 49).

Zu den sehr hoch belasteten Ländern zählen auch **Ghana, Sambia, Sri Lanka** und **Suriname**. In den vergangenen Jahren haben sie Umschuldungen mit ihren öffentlichen und privaten Gläubigern im Rahmen eines IWF-Kreditprogramms ausgehandelt – mit dem Ziel, eine nachhaltige Auslandsschuldensituation herzustellen. Wie Abbildung 3 (S. 14) zeigt, müssen Länder, die sich in den letzten Jahren um eine Schuldenerleichterung bemüht haben, jedoch weiterhin einen der höchsten Auslandsschuldendienste weltweit stemmen.

39 der 44 sehr hoch belasteten Länder des Globalen Südens zählten bereits im Vorjahr zu dieser Kategorie, darunter **Libanon, Laos** und **Angola** mit den

höchsten Zahlungsverpflichtungen weltweit. Der Libanon verhandelt weiterhin mit dem IWF über ein Kreditprogramm, bei dem es auch zu einer Umschuldung kommen wird (zur Situation im Libanon siehe auch das Zitat auf S. 21). Laos kann seine faktische Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem größten Gläubiger China nur durch vorübergehende Moratorien und ad hoc ausgehandelte Zahlungsaufschübe vermeiden. Diese Maßnahmen gehen das Problem der Überschuldung jedoch nicht nachhaltig an und festigen die Abhängigkeit von China.

Die vierthöchste Belastung weltweit weist dieses Jahr **Senegal** auf. Das westafrikanische Land zählte bereits im letzten Jahr zu den sehr hoch belasteten Staaten. Ein im Juli 2024 veröffentlichter Bericht des senegalesischen Rechnungshofs deckte erhebliche Untererfassungen von Haushaltsdefiziten und

Tab. 2: Auslandsverschuldung, extreme Armut und Sozialausgaben

	Öffentliche Gesundheitsausgaben (in Prozent des BIP)	Öffentliche Bildungsausgaben (in Prozent des BIP)	Extreme Armut (Anteil der Gesamtbevölkerung)
Durchschnitt aller Länder weltweit (Anteil der Länder mit Datenverfügbarkeit)	3,8% (187 von 198)	4,2% (172 von 198)	9,9% (100 von 198)
Durchschnitt hoch belasteter Länder (Anteil der Länder mit Datenverfügbarkeit)	2,4% (24 von 25)	3,8% (23 von 25)	31,0% (12 von 25)
Durchschnitt sehr hoch belasteter Länder (Anteil der Länder mit Datenverfügbarkeit)	2,4% (44 von 45)	3,4% (39 von 45)	17,9% (24 von 45)

Quelle: Eigene Berechnungen. Die Zahlen zu den Gesundheits- und Bildungsausgaben beruhen auf dem UNCTAD Bericht „A World of Debt“ (2025) und beziehen sich auf durchschnittliche Ausgaben im Zeitraum 2021 bis 2023. Die Daten zur extremen Armut stammen aus dem „World Development Report“ der Weltbank (2025) und beruhen auf Länderangaben zwischen 2021 und 2024.

Schulden auf, die unter der wirtschaftsliberal geprägten Vorgängerregierung aufgenommen worden waren, welche eng mit Weltbank und IWF zusammengearbeitet hatte.⁷ Kritiker werfen dem IWF vor, über Jahre hinweg offensichtliche Inkonsistenzen in den Daten übersehen zu haben.⁸ Bestraft wurde jedoch die aktuelle Regierung, die sich um stärkere wirtschaftspolitische Souveränität und die Überwindung neokolonialer Abhängigkeiten bemüht und für Transparenz in der öffentlichen Finanzberichterstattung sorgte: In Folge der Datenüberprüfung stoppte der IWF umgehend zuvor bereits zugesagte Auszahlungen, wodurch auch weitere Finanzierungsoptionen versiegt. Mit sehr hohen Rückzahlungsverpflichtungen in den kommenden drei Jahren befindet sich die amtierende Regierung in einer schwierigen Lage. Aktuell versucht sie, weder in Zahlungsverzug zu geraten, noch eine Umschuldung im Rahmen eines IWF-Programms aufzunehmen, sondern stattdessen ausländische Anleihehalter

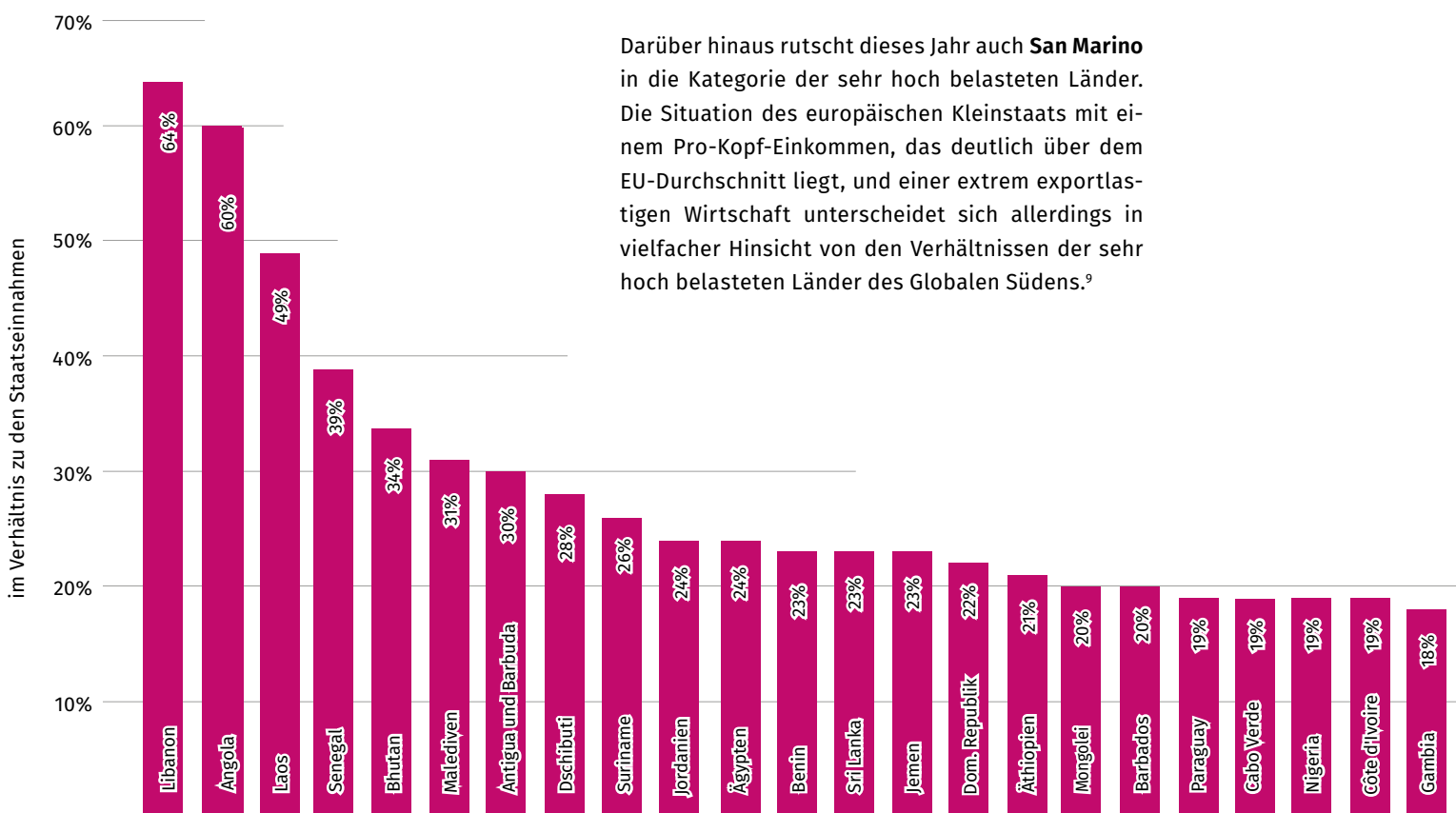
über die Refinanzierung am inländischen Markt auszu zahlen. Doch auch diese Strategie birgt erhebliche Risiken (siehe Box 6, S. 20) und schränkt den Handlungsspielraum der Regierung stark ein, ihre versprochene sozialpolitische Agenda umzusetzen.

Sechs Länder werden im vorliegenden Report neu als sehr hoch belastet eingeschätzt. Dazu zählen **Bangladesh, Costa Rica, Saint Lucia** und **Papua-Neuguinea**, die im Schuldenreport 2025 noch als hoch belastet galten. Bereits im letzten Report mussten diese Länder einen erheblichen Teil ihrer Staatseinnahmen für den Schuldendienst aufwenden. Mittlerweile liegt die Zahlungsbelastung bei allen vier Staaten bei über 15 Prozent, sodass sie nun als sehr hoch belastet eingestuft werden (zur Situation in Papua-Neuguinea siehe auch das Zitat auf S. 33).

Für **Antigua und Barbuda**, das ebenfalls neu in diese Kategorie fällt und sogar zu den zehn am höchsten belasteten Ländern weltweit zählt, standen letztes Jahr keine Daten zur Verfügung. Der karibische Inselstaat ist besonders klimaverwundbar, da Naturkatastrophen seine stark tourismusabhängige Wirtschaft empfindlich treffen. Diese Verwundbarkeit belastet die Fiskal- und Verschuldungssituation und erschwert den Zugang zu günstigen Finanzierungen.

Darüber hinaus rutscht dieses Jahr auch **San Marino** in die Kategorie der sehr hoch belasteten Länder. Die Situation des europäischen Kleinstaats mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, und einer extrem exportlastigen Wirtschaft unterscheidet sich allerdings in vielfacher Hinsicht von den Verhältnissen der sehr hoch belasteten Länder des Globalen Südens.⁹

Abb. 2: Durchschnittlicher öffentlicher Auslandsschuldendienst sehr hoch belasteter Länder 2026-2028



Box 3: Der Schuldenreport im Vergleich zu Analysen von IWF und Weltbank

Die Methodik des Schuldenreports unterscheidet sich grundlegend von den **Schuldentragfähigkeitsanalysen** des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sowie von den Bewertungen großer Ratingagenturen.

Die – zugleich komplexeren und intransparenten – Analysen von IWF, Weltbank oder Moody’s und Co. zielen primär darauf ab, im Interesse der Gläubiger das **Risiko von Zahlungsausfällen** vorherzusagen. In anderen Worten: Es soll vorhergesagt werden, wann eine Verschuldung aus Gläubigersicht nicht mehr tragfähig ist. Dafür ist es nötig, eine Vielzahl an Faktoren bezüglich der Wirtschaftsstruktur des Landes, des möglichen Zugangs zu Finanzierungen sowie der politischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Ausschlaggebend für eine „negative“ Bewertung eines Schuldnerlandes kann auch eine Politik sein, die soziale Rechte und die Bedürfnisse der Bevölkerung höher gewichtet als den Anspruch internationaler Kapitalhalter auf Zins- und Tilgungszahlungen.

Im vorliegenden Report geht es hingegen nicht darum, ein konkretes Regierungshandeln vorherzusagen, sondern darum, auf **sozial nicht mehr tragfähige Verschuldungssituationen** im Hinblick auf die Menschen im Schuldnerland hinzuweisen. Eine Auslandsschuldenkrise (siehe Box 2, S. 11) kann daher auch vorliegen, wenn Zahlungen an ausländische Gläubiger weiter geleistet werden, diese jedoch eine so hohe Belastung für die Bevölkerung darstellen, dass Bildung, Gesundheit und soziale Leistungen nicht mehr ausreichend finanziert werden können.

1.2. Hoch belastete Länder

25 Länder stuft der vorliegende Report als **hoch belastet** ein. Diese Staaten müssen in den Jahren 2026-2028 durchschnittlich zwischen zehn und 15 Prozent ihrer Staatseinnahmen für den Auslandsschuldendienst aufwenden.¹⁰ Diese hohe Belastung der Staatshaushalte dürfte für viele Länder bereits heute sozial nicht mehr tragfähig sein.

Auffällig ist, dass der Anteil der Menschen, die unterhalb der extremen Armutsgrenze leben, mit 31 Prozent sogar noch deutlich höher liegt als in den sehr hoch belasteten Ländern (siehe Tabelle 2, S. 11). Ein wichtiger Grund dafür ist, dass viele hoch belastete Staaten Niedrigeinkommensländer sind: Über 30 Prozent der Niedrigeinkommensländer gelten als hoch belastet – etwa doppelt so viele wie in allen anderen Einkommensklassen (siehe dazu auch Abschnitt 1.7., ab S. 18).

Zu den hoch belasteten Ländern zählen beispielsweise **Madagaskar, Mosambik, Niger** und die **Zentralafrikanische Republik**. In diesen Staaten müssen zwischen 60 Prozent (Niger) und alarmierenden 81 Prozent (Mosambik) der Menschen kaufkraftbereinigt von weniger als drei US-Dollar pro Tag leben.

Problematisch ist darüber hinaus, dass auch in den hoch belasteten Ländern die Ausgaben für Bildung und Gesundheit deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt liegen. Da die Volkswirtschaften deutlich kleiner sind, reichen selbst gleich große BIP-Anteile nicht aus, um eine angemessene Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Viele UN-Institutionen fordern daher, insbesondere in Niedrigeinkommensländern deutlich mehr Mittel für soziale Bereiche bereitzustellen. Klar ist: Ein ausreichender fiskalischer Handlungsspielraum ist unverzichtbar – fließen zehn Prozent oder mehr der

Anmerkung: Die Grafik zeigt den Schuldendienst gegenüber ausländischen Gläubigern, wie er laut Kreditverträgen oder Umschuldungsabkommen vorgesehen ist – unabhängig davon, ob die Zahlungen aktuell tatsächlich geleistet werden. So haben beispielsweise der Libanon und Äthiopien die Rückzahlungen derzeit weitestgehend eingestellt.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Daten aus den *International Debt Statistics* der Weltbank (2025) sowie aus IWF-Länderberichten.

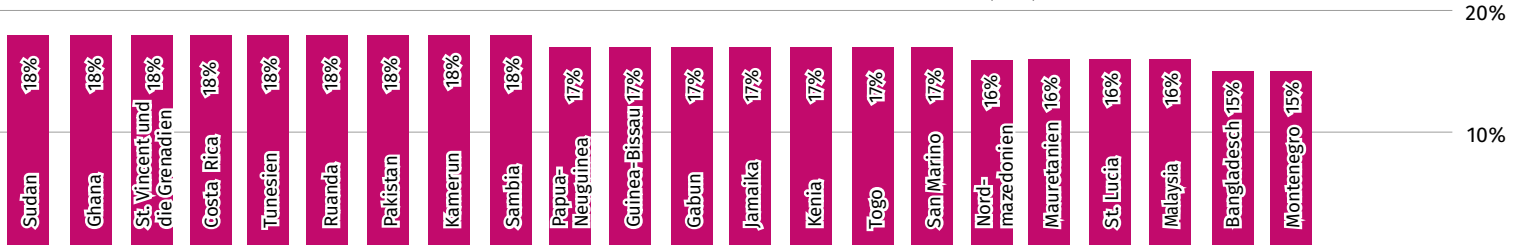
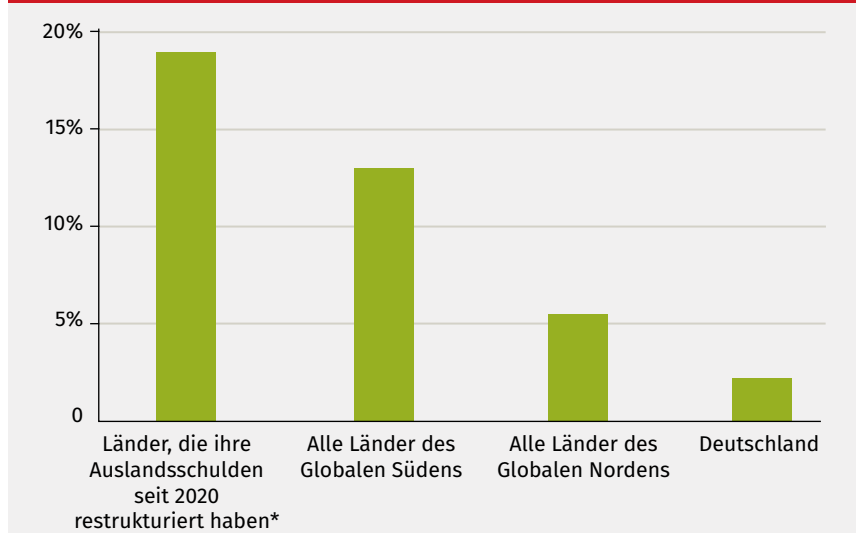


Abb. 3: Durchschnittlicher Auslandsschuldendienst 2026-2028 (in Prozent der Staatseinnahmen)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Daten aus den *International Debt Statistics* der Weltbank (2025) sowie aus IWF-Länderberichten.

*Ghana, Sambia, Sri Lanka, Suriname, Tschad

Staatseinnahmen in Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger, kann das dramatische Folgen haben.

Im Vergleich zum Vorjahresreport zeigt sich bei den 25 hoch belasteten Ländern ein gemischtes Bild: Vier Länder halten ihr Belastungsniveau stabil. Acht Länder, die im Vorjahr noch als sehr hoch belastet eingestuft wurden, konnten sich auf eine hohe Belastung verbessern; allerdings bleibt der Schuldendienst in allen Fällen am oberen Ende dieser Kategorie. So müssen **Belize, Madagaskar, Niger** und **El Salvador** weiterhin mehr als 14 Prozent ihrer Staatseinnahmen für Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger aufwenden. Damit liegen die vier Länder nur knapp unter der Schwelle von 15 Prozent, ab der von einer sehr hohen Belastung gesprochen wird. Sechs weitere Länder verzeichnen leichte Verbesserungen (siehe *Übersichtstabelle und Weltkarte im Umschlag des Reports*), werden aber weiterhin wie im Vorjahr als hoch belastet eingestuft. In sieben hoch belasteten Ländern hat sich die Belastung hingegen verschärft. Dazu zählen auch **Guatemala** und die **Seychellen**, für die im Vorjahr noch kein Risiko identifiziert werden konnte.

1.3. Länder mit Belastungsrisiko

Die 15 Länder, für die keine akute Belastung, wohl aber ein Belastungsrisiko festgestellt werden konnte, werden zwar in den Jahren 2026-2028 durchschnittlich noch unter zehn Prozent ihrer Staatseinnahmen für den Schuldendienst aufwenden.¹¹ Allerdings ist der ausstehende Schuldenstand gegenüber ausländischen Gläubigern im Verhältnis zum BIP beziehungsweise zu den Exporteinnahmen beachtlich. Es ist daher durchaus möglich, dass die Rückzahlungsverpflichtungen dieser Länder in den kommenden Jahren steigen und ihre öffentlichen Haushalte dadurch hoch oder sehr hoch belastet sein werden. Darüber hinaus können hohe Schuldenstände bereits heute reale Probleme verursachen. So kann eine hohe Verschuldung zu schlechteren Kreditratings führen und damit zu ungünstigeren Refinanzierungsbedingungen.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sieben der 15 Länder mit Belastungsrisiko keine Veränderung: Sie wurden bereits im Vorjahr in diese Kategorie eingestuft und die drei Schuldenindikatoren haben sich weder merklich verschlechtert noch verbessert.

In fünf Ländern hat sich die Situation verbessert. In **Burundi**, das im Vorjahr noch als hoch belastet galt, ist die Schuldendienstquote von zehn auf fünf Prozent merklich gesunken. **Kolumbien** und **Mauritius**, im Vorjahr ebenfalls als hoch belastet eingestuft, liegen im diesjährigen Report mit einem Schuldendienst von jeweils über acht Prozent knapp unter der Schwelle einer hohen Belastung. **Dominica** und **Simbabwe** wurden bereits im Vorjahr als Länder mit Belastungsrisiko eingestuft, verzeichnen aber ebenfalls eine positive Entwicklung: In beiden Ländern haben sich die drei untersuchten Schuldenindikatoren mehrheitlich um mindestens zehn Prozent verbessert.

In drei Ländern hat sich die Belastung hingegen verschärft: Der pazifische Inselstaat **Vanuatu** muss in den kommenden drei Jahren einen Auslandsschuldendienst von sieben Prozent leisten und liegt damit nicht viel unterhalb des hohen Belastungsnieveaus.

Auch die **Ukraine** weist eine deutliche Verschlechterung aller drei Schuldenindikatoren auf, was auch auf den fortwährenden Kriegszustand zurückzuführen ist. Der Staat wird nur aufgrund des laufenden Moratoriums mit den öffentlichen Gläubigern und der Umschuldung privater Anleihen nicht als sehr hoch belastet eingestuft. Die Deals mit den Anleihehaltern sehen ab 2027 jedoch eine rasche, stufenweise Erhöhung der Zinszahlungen vor. Eine erneute Umschuldung mit erheblichen Schuldenerleichterungen für die Ukraine wird daher nahezu unvermeidlich sein.¹²

Auch **Syrien** zählt zu den Ländern, deren Situation sich verschlechtert hat. Im Vorjahr lag der Auslandsschuldenstand laut Weltbank bei rund 24 Prozent des BIP. Nach dem politischen Umbruch im Land Ende 2024 hat die syrische Zentralbank ihre Zahlen jedoch massiv nach oben korrigiert, sodass die Weltbank nun von Auslandsschulden in Höhe von 104 Prozent des BIP ausgeht. Viele Kreditvergaben, insbesondere von Russland und dem Iran in den letzten 15 Jahren, waren in der Datenbank bisher nicht enthalten. Zudem sind laut Weltbank noch nicht alle Daten überprüft und es bestehen nach wie vor große Differenzen zwischen den Angaben der Zentralbank und Gläubigerquellen.¹³ Hinzu

kommt, dass für Syrien keine aktuellen Daten zu Schuldendienstverpflichtungen und Staatseinnahmen vorliegen, sodass es gut möglich ist, dass das Land faktisch als hoch oder sogar sehr hoch belastet eingestuft werden müsste.

1.4. Länder ohne Risiko

In 99 Ländern – und somit in der Hälfte aller untersuchten Staaten – konnte **kein Risiko** einer öffentlichen Auslandsschuldenkrise identifiziert werden. In 97 dieser Länder liegen alle drei Schuldenindikatoren unter dem kritischen Schwellenwert. Nur **Japan** und die **USA** überschreiten die Grenzwerte einzelner Auslandsschuldenindikatoren. Allerdings kann für diese beiden Länder kein Risiko einer Auslandsschuldenkrise festgestellt werden, da es sich um Hartwährungsländer handelt, deren Auslandsschulden komplett in der Landeswährung US-Dollar beziehungsweise Yen denominiert sind. Sie sind daher auch mit einer vergleichsweise hohen Auslandsverschuldung nicht mit denselben Problemen konfrontiert wie hochverschuldete Staaten des Globalen Südens (siehe Box zur Erläuterung der Methodik auf S. 24-25).

90 der 99 Staaten wiesen bereits im Vorjahresreport kein Risiko einer Auslandsschuldenkrise auf. Neun Länder, die in diesem Jahr kein Risiko aufweisen, wurden 2025 noch als hoch belastet oder mit Belastungsrisiko eingestuft.

Besonders deutlich hat sich die Situation in **Haiti** verbessert. Während das Land im Vorjahr noch einen hohen Auslandsschuldendienst in Höhe von rund zehn Prozent der Staatseinnahmen aufwies, ist dieser mittlerweile auf etwa drei Prozent gesunken. Ursache hierfür ist eine umfassende Schuldenrestrukturierung zwischen Haiti und Venezuela, die die Verschuldung Haitis um über 70 Prozent reduzierte.¹⁴ Keine andere Restrukturierung hat sich in den letzten Jahren derart positiv ausgewirkt – weder im Umgang mit westlichen Gläubigerstaaten noch mit anderen wichtigen Gläubigern wie China.

Die umfangreichen Streichungen der Forderungen, die sich ursprünglich aus dem Energie-Kooperationsabkommen *PetroCaribe* ergaben, dürften auch deshalb so weitreichend ausgefallen sein, weil Haiti bereits lange im Zahlungsverzug war und die Ver-

einbarung eines finalen Deals Venezuela zumindest eine teilweise Auszahlung sicherte.¹⁵ Zur vorteilhaften Verhandlungsposition dürfte auch beigetragen haben, dass Venezuela – anders als der Großteil der Gläubigerstaaten – nicht Teil eines Gläubigerkartells wie des Pariser Clubs oder des *Common Framework* der G20 Staaten ist. Dadurch erhielt Haiti trotz der Zahlungseinstellung gegenüber Venezuela weiterhin Mittel von internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank und wurde auch von zahlreichen Staaten bilateral unterstützt.

1.5. Länder mit uneindeutiger Auslandsschuldensituation

Für vier EU-Mitgliedstaaten ergibt sich ein uneindeutiges Bild. So müssten **Griechenland** und **Frankreich** mit einem durchschnittlichen Auslandsschuldendienst in Höhe von 14,7 bzw. 10,1 Prozent ohne Berücksichtigung der Währungsdenomination und der Stellung des Euros in der internationalen Währungshierarchie als hoch belastet eingestuft werden. **Belgien** und **Zypern** würden als Länder mit Belastungsrisiko eingestuft werden, wobei beide die jeweiligen Schwellenwerte der Schuldenstandindikatoren nur leicht reißen.

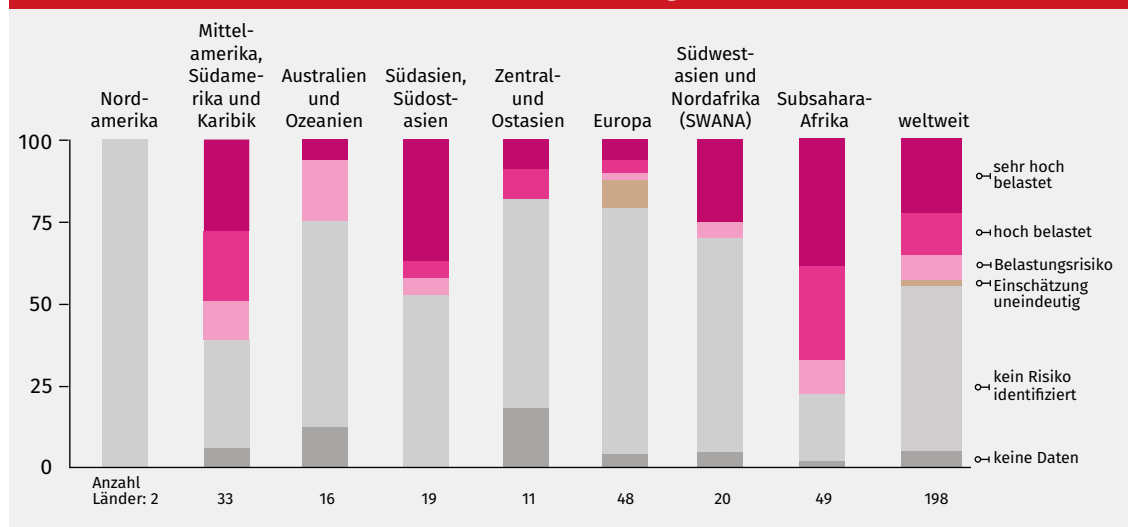
Weil jedoch in allen vier Ländern die ausstehenden Verbindlichkeiten vollständig in der Landeswährung der Schuldner denominiert sind und der Euro als Hartwährung am oberen Ende der internationalen Währungshierarchie steht, verursacht die Auslandsverschuldung nicht die gleichen Pro-

bleme wie in Ländern des Globalen Südens (*siehe Methodik-Box auf S. 24-25*). Allerdings schränken die Regeln der europäischen Währungsunion den politischen Spielraum der einzelnen Euro-Mitgliedstaaten für eine eigenständige Geldpolitik deutlich ein. Dies kann zu politischen Patt-Situationen führen, sodass Mitgliedstaaten auf Umschuldungen angewiesen sind – selbst wenn die wirtschaftliche Stärke des Euros es erlauben würde, aufkommende Schuldenprobleme über die Geldpolitik zu begrenzen. Infolge dieser besonderen Verhältnisse wird die Auslandsschuldensituation dieser vier Länder als uneindeutig beschrieben. Aufgrund der analysierten Indikatoren ist eine Umschuldung mittelfristig jedoch für keines der vier genannten europäischen Länder zu erwarten.

1.6. Auslandsschuldensituation nach Weltregionen

Weltweit sind nach der vorliegenden Analyse rund 36 Prozent der untersuchten Länder hoch oder sehr hoch belastet. Die Region **Subsahara-Afrika** weist den höchsten Anteil mit hoher und sehr hoher Auslandsschuldenlast auf (*siehe Abb. 4*). Der Hintergrund ist, dass in Subsahara-Afrika – anders als in Teilen Asiens – über die letzten Jahrzehnte kein breiter wirtschaftlicher Aufholprozess stattgefunden hat. Stattdessen haben sich die Einkommensabstände zum globalen Durchschnitt in vielen Fällen verfestigt.¹⁶ Hinzu kommen die hohen Zinskosten, die afrikanische Länder im weltweiten Vergleich am internationalen Kapitalmarkt zahlen müssen (*siehe Abb. 5*).

Abb. 4: Öffentliche Auslandsschuldenlast nach Weltregionen (in %)



Quelle: Eigene Darstellung und Auswertung nach der auf S. 24-25 beschriebenen Methodik. Daten auf Grundlage der *International Debt Statistics* der Weltbank (2025), Angaben des IWF sowie Angaben nationaler Finanzministerien und Notenbanken.

Box 4: Schulden sind nicht gleich Schulden

Sechs Länder im Globalen Norden (Belgien, Frankreich, Griechenland, Japan, USA und Zypern) weisen ähnlich hohe Auslandsschuldenindikatoren auf wie Länder des Globalen Südens. Dennoch stehen diese Länder nicht vor denselben Problemen.

Dies, weil die ausstehenden Verbindlichkeiten vollständig oder überwiegend **in der eigenen Währung denominated** sind und somit keinen Exportdruck generieren wie eine Verschuldung in Fremdwährung.

Hinzu kommt, dass Länder mit **Auslandsschulden in Fremdwährung** stärker von **Wechselkursschwankungen** betroffen sind, da eine Abwertung ihrer Landeswährung zu einer zusätzlichen Belastung des Staatshaushalts führt.¹⁷ Wenn die Schulden in der Landeswährung gehalten werden, tragen die Gläubiger dieses Wechselkursrisiko, da eine Abwertung der Landeswährung nicht die Staatshaushalte zusätzlich belastet, sondern den realen Wert der Rückzahlungen für die Gläubiger reduziert.

Da die sechs genannten Länder jeweils **harte Währungen** besitzen – der US-Dollar steht nach wie vor an der Spitze der internationalen Währungshierarchie –, sind ihre geldpolitischen Möglichkeiten, die Refinanzierung ihrer Staatsverschuldung zu sichern, aus wirtschaftlicher Sicht **sehr groß** (auf die in diesem Kontext relevante politische Besonderheit der gemeinsamen Währungsunion der EU-Länder wurde in Abschnitt 1.5 eingegangen).

Aus diesen Gründen wird in der Bewertung der öffentlichen Auslandsschuldensituation auch berücksichtigt, in welcher Währung die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern denominated sind und welche Stellung die Landeswährung in der internationalen Währungshierarchie einnimmt beziehungsweise ob es sich um eine harte oder weiche Währung handelt.

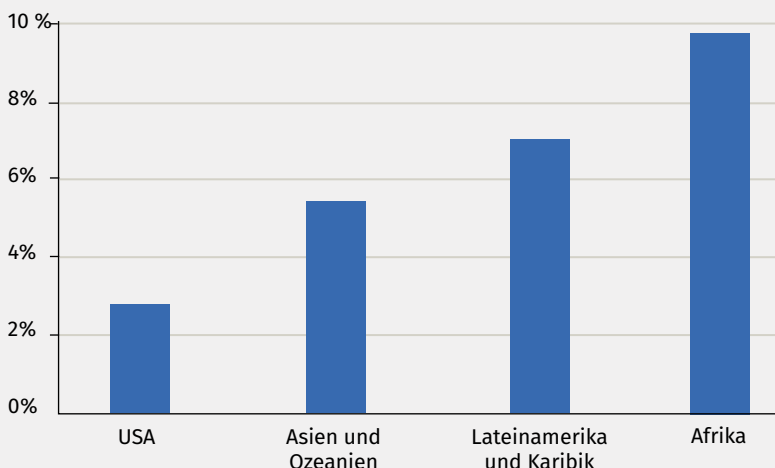
Die zweithöchste Rate mit sehr hoher Belastung verzeichnet die Region **Südasiens und Südasiens** mit 37 Prozent oder sieben von 19 Ländern. Zu den sehr hoch belasteten Staaten zählen **Bangladesch, Bhutan, Laos, Malaysia**, die **Malediven, Pakistan und Sri Lanka**. Mit **Indonesien** ist ein weiteres Land hoch belastet.

In **Süd- und Mittelamerika** sind rund die Hälfte oder 16 der 34 untersuchten Länder hoch oder sehr hoch belastet. Zu den sehr hoch belasteten Ländern zäh-

len **Antigua und Barbuda, Barbados, Costa Rica**, die **Dominikanische Republik, Jamaika, Saint Lucia, Paraguay, Suriname** und **St. Vincent und die Grenadinen**.

Anzumerken ist auch, dass in vielen Ländern Mittel- und Südamerikas vor allem die Verschuldung im Inland – und nicht die in diesem Report analysierte Auslandsverschuldung – zu einer enormen Belastung führt. In den letzten zwei Jahrzehnten haben mehrere Länder in Mittel- und Südamerika ihre Schuldenstrategie geändert und sich stärker um Kredite im Inland statt im Ausland bemüht. Diese

Abb. 5: Geschätzte Zinskosten für die Ausgabe von Staatsanleihen (2020-2025)



Anmerkung: Abgebildet ist die effektive Zinsrate der auf den Sekundärmärkten gehandelten Anleihen, die als Anhaltspunkt dient, um die Zinskosten für die Ausgabe neuer Kredite zu schätzen.

Quelle: Eigene Darstellung; Daten und Auswertung aus UNCTAD (2025): „A World of Debt“.

Umstellung wurde auch vom IWF, von der Weltbank und der G20 vorangetrieben. Sie drängten darauf, dass Länder diese Umstellung auf eine bestimmte Weise durchführen – nämlich durch die Förderung heimischer Finanzmärkte. In Kombination mit der benachteiligten Stellung der Landeswährungen der Schuldnerländer in der internationalen Währungshierarchie sowie einem liberalisierten internationalen Kapitalverkehr hat diese finanzialisierte Inlandsverschuldung zu neuen Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten geführt (siehe Box 6, S. 20). Dies zeigt sich auch darin, dass die drei Länder **Bahamas, Brasilien und Mexiko** zwar kein Risiko einer öffentlichen Auslandsschuldenkrise aufweisen, ihre Zinszahlungen an in- und ausländische Gläubiger laut einer Analyse der UNCTAD jedoch die Bildungs- und/oder Gesundheitsausgaben übersteigen (siehe dazu auch Box 5).

In **Südwestasien und Nordafrika (SWANA)** sind ein Viertel oder fünf von 20 Ländern sehr hoch belastet. Wie bereits im letzten Jahr handelt es sich dabei um **Ägypten, Jemen, Jordanien, Libanon und Tunesien**. Kein Land wird als hoch belastet bewertet.

In **Zentral- und Ostasien** wird mit der **Mongolei** ein Land weiterhin als sehr hoch und mit **Usbekistan** ein weiteres als hoch belastet bewertet.

In **Nordamerika** kann für die **USA und Kanada** kein Risiko einer öffentlichen Auslandsschuldenkrise identifiziert werden. Auch in **Europa** ist die Situation für 75 Prozent beziehungsweise 35 der 48 untersuchten Länder unkritisch. Wie im Vorjahr wird **Nordma-**

zedonien als sehr hoch belastet bewertet. Zudem ist, wie bereits erwähnt, dieses Jahr auch **San Marino** in diese Kategorie gerutscht.

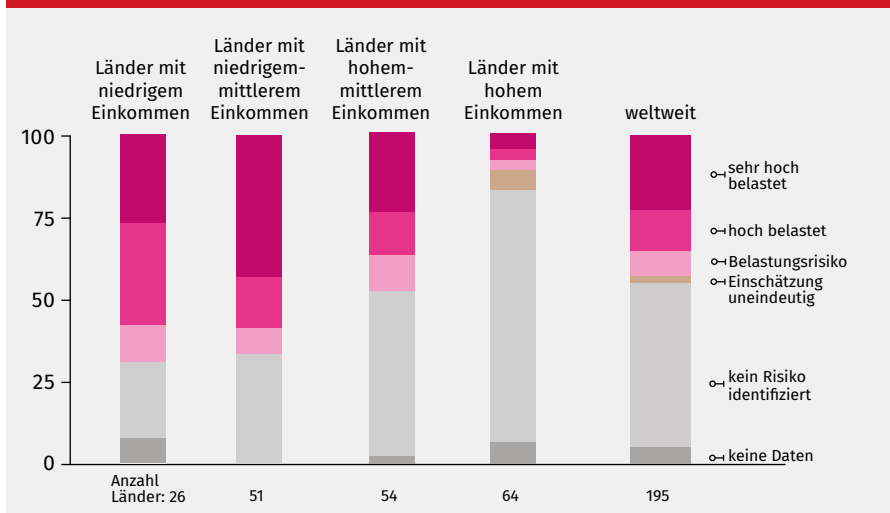
Auch in **Australien und Ozeanien** ist für mehr als die Hälfte der untersuchten Länder kein Risiko festzustellen. **Papua-Neuguinea** ist das einzige Land in dieser Region, das als sehr hoch belastet gilt.

1.7. Öffentliche Auslandsverschuldung nach Einkommenskategorien

Vergleicht man die Belastung nach dem Einkommensniveau der Länder, wird deutlich, dass Länder mit **niedrigem Einkommen** und **niedrigem-mittlerem Einkommen** am stärksten gefährdet sind, in eine Auslandsschuldenkrise zu geraten (siehe Abb. 6).¹⁸ In mehr als 60 Prozent dieser Länder sind die öffentlichen Haushalte durch die Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger hoch oder sehr hoch belastet. Zum Teil spiegelt dies die im Abschnitt 1.6 erläuterten Ursachen wider, da insbesondere in Subsahara-Afrika viele Länder den niedrigen und niedrigen-mittleren Einkommensgruppen angehören.

Beim Vergleich der Länder mit niedrigem Einkommen einerseits und niedrigem-mittlerem Einkommen andererseits zeigt sich ein Muster: Länder mit niedrigem Einkommen weisen vor allem eine hohe Belastung auf, während Länder mit niedrigem-mittlerem Einkommen besonders häufig eine sehr hohe Belastung aufweisen. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass sie in den letzten 15 Jahren den von Weltbank, IWF und G20 propagierten Weg einer

Abb. 6: Öffentliche Auslandsschuldenlast nach Einkommenskategorien (in %)



Quelle: Eigene Darstellung und Auswertung nach der auf S. 24-25 beschriebenen Methodik. Daten auf Grundlage der *International Debt Statistics* der Weltbank (2025), Angaben des IWF sowie Angaben nationaler Finanzministerien und Notenbanken.

kapitalmarktbasierter Entwicklungsfinanzierung eingeschlagen haben und erstmals Zugang zu internationalen Anleihen erhielten – eine teure Finanzierungsoption, die sich heute als besonders belastend erweist. Länder mit niedrigem Einkommen hingegen bleiben für profitorientierte Investoren meist uninteressant. Dies begrenzt ihr Schuldenrisiko, da sie dadurch besonders hohen Zinslasten entgehen und ihnen auch umfangreichere vergünstigte öffentliche Finanzierungsoptionen zur Verfügung stehen. Trotzdem sind auch hier acht Länder hoch und sieben Länder sogar sehr hoch belastet.

Auch Länder mit **hohem-mittlerem Einkommen** sollten nicht aus dem Blick geraten, da knapp 40 Prozent (20 der 54 untersuchten Staaten) als hoch oder sehr hoch belastet einzustufen sind. Zu den sehr hoch belasteten Ländern in dieser Einkommenskategorie zählen besonders viele Staaten Mittel- und Südamerikas wie **Costa Rica**, die **Dominikanische Republik**, **Jamaika**, **Saint Lucia**, **Paraguay**, **Suriname** sowie **St. Vincent und die Grenadinen**.

Länder mit **hohem Einkommen** hingegen weisen fast ausnahmslos kein Risiko auf, in eine öffentliche Auslandsschuldenkrise zu geraten: In 77 Prozent oder 49 von 64 Ländern lässt sich kein Risiko feststellen. Fünf Länder mit hohem Einkommen allerdings

werden als hoch oder sogar sehr hoch belastet bewertet. Dazu zählen die kleinen Inselstaaten **Antigua und Barbuda** sowie **Barbados** (beide sehr hoch belastet) sowie die **Seychellen** (hoch belastet). Barbados' Premierministerin Mia Mottley und weitere Führungspersönlichkeiten kleiner Inselstaaten weisen seit Jahren auf die besondere Verwundbarkeit ihrer Länder hin – etwa durch Klimarisiken und begrenzte wirtschaftliche Diversifizierung – und fordern Reformen des globalen Finanzsystems, um nachhaltigere Finanzierungswege zu ermöglichen.

Abschnitt 2: Globale Krisendynamiken

Ob es zu einer öffentlichen Auslandsschuldenkrise kommt, hängt nicht allein von der Schuldenlast ab, sondern auch von weiteren Faktoren. Neben länderspezifischen Aspekten spielen insbesondere globale Dynamiken eine entscheidende Rolle. Über die letzten 200 Jahre treten öffentliche Zahlungseinstellungen in Zyklen auf, die maßgeblich von Dynamiken im Globalen Norden beziehungsweise den wirtschaftlichen Zentren der jeweiligen Zeit bestimmt werden.¹⁹ Insbesondere die Zinssätze sowie die Rohstoffpreise und damit das Interesse der Investoren, Kapital in die Peripherie zu exportieren, spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle.

Box 5: Der Schuldenreport und die Studie „A World of Debt“ von UNCTAD

Seit 2023 bringt die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (englisch: *United Nations Conference on Trade and Development*, UNCTAD) die Studie „A World of Debt“ heraus.

Die Methodik des Schuldenreport 2026 unterscheidet sich in mehreren Punkten von der UNCTAD-Studie. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass UNCTAD die **gesamten Zinszahlungen** des öffentlichen Sektors **an in- und ausländische Gläubiger** betrachtet und diese in Relation zu öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit setzt. Beim Schuldenreport liegt der Fokus hingegen auf dem Risiko öffentlicher Auslandsschuldenkrisen – er berücksichtigt somit nur Zahlungen an ausländische Gläubiger. Anders als bei UNCTAD werden dafür neben den Zinsen auch die **Rückzahlungen der Kredite** miteinbezogen. Zudem unterscheidet sich der **Untersuchungszeitraum** der beiden Studien: UNCTAD analysiert in seiner Studie von 2025 die Zinszahlungen rückblickend von 2021-2023. Der vorliegende Schuldenreport 2026 nimmt die zukünftigen Zahlungen bis 2028 in den Blick.

Wenngleich die Methodiken mit unterschiedlichen Belastungsdimensionen und Zeiträumen arbeiten, verweisen sie weitgehend auf dieselben Länder: Rund drei Viertel (35 von 47) der Länder, die nach Analyse von UNCTAD mehr für Zinszahlungen als für Bildung und/oder Gesundheit ausgeben, werden im vorliegenden Schuldenreport als hoch oder sehr hoch belastet eingestuft.

Ein ausführlicher Vergleich von Methodik und Untersuchungsergebnissen ist im online verfügbaren Zusatzmaterial abrufbar: www.erlassjahr.de/schuldenreport-2026.

Für die Kreditvergabe an Länder des Globalen Südens wirken die Kreditkosten im Globalen Norden, insbesondere in den USA, als implizite Leitzinsen. Nach dem Kreditboom der frühen 2010er Jahre haben sich die Refinanzierungsoptionen für Länder des Globalen Südens mit dem Einbruch der Rohstoffpreise im Jahr 2015 und dann erneut ab 2020 infolge multipler Krisen zunehmend verschlechtert. Die von den USA 2022 eingeleitete Zinswende führte dazu, dass sich die Kreditaufnahme weiter verteuerte.²⁰

Nach zwei Jahren des Rückgangs flossen 2024 wieder vermehrt Kredite privater Geldgeber in Länder des

Globalen Südens und die Nachfrage nach Staatsanleihen stieg – allerdings zu sehr hohen Zinssätzen: Die durchschnittlichen Zinssätze haben 2024 wieder das historisch hohe Niveau erreicht, das kurz vor der Finanzkrise 2008 zu beobachten war, und lagen in Teilen sogar deutlich darüber.²¹

Der Leitzins der US-Fed liegt seit 2024 wieder auf moderaterem Niveau von 3,5 bis 3,75 Prozent, bleibt damit aber trotz jüngster Senkungen deutlich über dem Niveau des Jahrzehnts nach der globalen Finanzkrise – jener Phase, in der der Großteil der heutigen Auslandsschulden des Globalen Südens entstand. Hinzu

Box 6: Heimische Finanzmärkte vs. finanzielle Repression oder: „Kicking away the Ladder“

Viele Staaten des Globalen Südens versuchen, die Risiken der Fremdwährungsverschuldung zu verringern, indem sie verstärkt auf die Verschuldung in inländischer Währung umstellen. Internationale Finanzinstitutionen und Staaten des Globalen Nordens – darunter Deutschland – treiben diese Entwicklung voran und fördern den Aufbau sogenannter **Local Currency Bond Markets (LCBM)**.²² Dabei sollen Staatsanleihen in der Währung der Schuldnerstaaten in „freien“ Wettbewerb zu Titeln des Globalen Nordens treten und internationalen Anlegern attraktive Investitionsmöglichkeiten bieten.

Um LCBM zu stärken, drängen internationale Finanzinstitutionen auf spezifische institutionelle Vorkehrungen in den Schuldnerländern, darunter:

- **Liberalisierung des Kapitalverkehrs**, damit Anleger Kapital flexibel anlegen und wieder abziehen können – was Investitionen für sie attraktiver macht, Schuldnerstaaten jedoch plötzlichen Kapitalabzügen aussetzt.
- **Depolitisierung der Geldpolitik** und ihre Ausrichtung auf ein enges Mandat der Preis- und Wechselkursstabilität im Interesse internationaler Investoren.
- **Aufbau und Einsatz von Devisenreserven**, um Wechselkursschwankungen zu begrenzen und das Risiko realer Wertverluste inländisch denominierter Schuldtitel für internationale Anleger zu reduzieren.

Diese finanzialisierte Umstellung steht im Gegensatz zu Maßnahmen der **finanziellen Repression**, bei denen Staaten Geldpolitik und Kapitalverkehrsbeschränkungen aktiv nutzen, um die eigene Verschuldung tragbar zu halten – Strategien, die historisch auch Länder des Globalen Nordens erfolgreich eingesetzt haben. Was für den Globalen Norden einst ein Aufstiegsweg war, wird Ländern des Südens heute unter anderem durch Auflagen des Internationalen Währungsfonds verwehrt – ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, wie „die Leiter weggetreten“ wird.

Um im internationalen Wettbewerb für Investoren attraktiv zu sein, müssen Länder des Globalen Südens hohe Zinssätze und kurze Laufzeiten auf ihre inländisch denominierten Schuldtitel anbieten. Besonders seit der Zinswende der USA 2022 zeigt sich, wie problematisch dies ist: Hohe Rückzahlungen auf inländisch-denominierte Schuldtitel belasten viele Staaten des Globalen Südens in diesem und den kommenden Jahren.²³ Gleichzeitig haben sie durch die geforderten institutionellen Vorkehrungen Handlungsoptionen verloren, um die Refinanzierung aktiv zu steuern, und sehen sich angesichts der Kapitalabflüsse mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert.

Auch Maßnahmen der finanziellen Repression sind **kein Allheilmittel**, und die schwache Stellung der Währungen des Globalen Südens erschwert diese Strategie zusätzlich. Gerade angesichts dieser multiplen strukturellen Benachteiligung müssen Staaten jedoch mindestens die Freiheit behalten, unter diesen Bedingungen den für sie besten Weg selbst zu wählen – einschließlich entsprechender Maßnahmen finanzieller Repression. Konkret bedeutet das: Im Rahmen von IWF-Programmen dürfen sie nicht auf einen finanzialisierten Weg verpflichtet werden, und die Umschuldung inländischer Schuldtitel darf nicht zur Bedingung einer Auslandsumschuldung gemacht werden, wie etwa in Ghana und Sri Lanka geschehen.

kommt eine große Unsicherheit bezüglich zukünftiger Entwicklungen: Einerseits weckt die von US-Präsident Donald Trump wiederholt geforderte Lockerung der US-Notenbankpolitik die Erwartung global weiter fallender Zinsen. Dies könnte die Nachfrage nach Staatsanleihen – auch aus Ländern des Globalen Südens – tendenziell erhöhen. Andererseits spekulieren Investoren jüngst im Zuge des durch den Irakkrieg ausgelösten Preisschocks wieder auf steigende Zinsen im Globalen Norden. Auch Handelskonflikte und geopolitische Spannungen sorgen für große Unsicherheit. Daraus folgt, dass, selbst wenn die Zinsen im Globalen Norden weiter sinken, positive *Spillover*-Effekte für Länder des Globalen Südens nur begrenzt oder verzögert zu erwarten sind.

In jüngerer Vergangenheit kam zudem erschwerend hinzu, dass die Vergabe neuer bilateraler Kredite insgesamt zurückging.²⁴ Dies ist hauptsächlich auf die zurückhaltende chinesische Kreditvergabe, aber auch auf umfangreiche Kürzungen der Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit in den westlichen Staaten zurückzuführen. Damit bricht eine wichtige Finanzierungsquelle weg, die alternativ zu den teuren Kapitalmarktzinsen zumindest teilweise Zugang zu Zuschüssen und günstigeren Krediten bot.

Darüber hinaus führen anhaltende Kriege sowie handels- und geopolitische Konflikte in vielen Ländern des Globalen Südens zu einer Doppelbelastung der Staatshaushalte, was die Rückzahlung von Schulden



Bild: Klaus Meierthrin

Michel Constantin Libanon



„Seit dem Staatsbankrott 2020 steckt der Libanon in einer der schlimmsten Wirtschaftskrisen unserer Zeit. Die libanesischen Lira verlor rund 90 Prozent ihres Wertes, die Wirtschaft ist eingebrochen – und die Menschen zahlen den Preis. Über 80 Prozent der Menschen leben inzwischen unter der Armutsgrenze, viele haben ihre gesamten Ersparnisse verloren, weil sie bei den Banken nicht mehr an ihr eigenes Geld kommen. Gleichzeitig explodieren die Preise: Lebensmittel, Medikamente, Treibstoff – für viele ist das kaum noch bezahlbar. Krankenhäuser und Schulen stehen vor dem Kollaps, wichtige Medikamente fehlen völlig. Immer mehr Menschen verlieren ihre Arbeit, besonders Frauen sind betroffen. Viele sehen keinen anderen Ausweg, als das Land zu verlassen, oft unter lebensgefährlichen Bedingungen. Der Alltag im Libanon ist für Millionen zu einem täglichen Kampf ums Überleben geworden. Durch den Krieg in Nahost könnte sich die Situation noch einmal dramatisch verschlechtern.“

Michel Constantin ist Regional-Direktor beim Misereor-Projektpartner CNEWA / Pontifical Mission in Beirut.

Der **Libanon** gehört laut Analyse im Schuldenreport 2026 zu den sehr hoch belasteten Staaten. Das Land in der SWANA-Region weist im Verhältnis zu den Staatseinnahmen die höchsten Auslandsverpflichtungen weltweit auf. Seit März 2020 befindet sich das Land in einem eingeschränkten Zahlungsausfall.

zusätzlich erschwert. Besonders der Angriffskrieg der USA und Israels auf den Iran verschärft diese Belastung akut: Der Ölpreisschock infolge des Krieges belastet weltweit die Haushalte von Staaten, die auf Energieimporte angewiesen sind.²⁵ In Südwestasien, Süd- und Südostasien sowie dem Pazifik kommt es zudem in zahlreichen Ländern zu einem deutlichen Einbruch im Tourismussektor.²⁶ In der Golfregion wird aktuell ein wirtschaftlicher Einbruch prognostiziert, der voraussichtlich auch die vielen migrantischen Arbeitskräfte aus anderen Teilen Asiens und Afrikas betrifft, die dadurch weniger Geld in ihre Heimatländer überweisen können.²⁷ Für viele Staaten bedeutet dies, dass die Ausgaben in Fremdwährung steigen, während Fremdwährungseinnahmen zurückgehen. Damit gerät die Zahlungsbilanz unter Druck, und das Risiko einer öffentlichen Auslandsschuldenkrise steigt deutlich.

Fazit

Die aktuelle Analyse zeigt, dass viele Länder des Globalen Südens unter der multiplen Last hoher Auslandsverschuldung, hoher Zinssätze und der Unsicherheiten durch geopolitische Spannungen und militärische Konflikte stehen – eine Last, die ihre sozialen Systeme seit langem überfordert. Eine Entspannung der Situation ist aktuell nicht zu erwarten: Zwar werden wieder vermehrt Kredite an Länder des Globalen Südens vergeben, dies jedoch zu enorm hohen Zinssätzen. Dies birgt die Gefahr, dass Schuldenkrisen verschleppt statt gelöst werden, die Länder tiefer in Abhängigkeiten geraten und bestehende Vulnerabilitäten verstärkt werden.

Gleichzeitig bietet die gläubigerzentrierte, internationale Schuldenarchitektur keine effektiven Lösungen, um Auslandsschuldenkrisen nachhaltig zu überwinden. Während sich IWF, Weltbank und die Gläubigerstaaten rühmen, dass Umschuldungen im Rahmen der von ihnen etablierten Strukturen von Mal zu Mal immer schneller abgeschlossen werden, bleibt das eigentliche Problem der unzulänglichen internationalen Schuldenarchitektur davon unberührt: Nach wie vor bringen Verhandlungen nicht die nötigen Erleichterungen, sodass die Schuldenlast auch nach abgeschlossenen Umschuldungen auf einem sehr hohen Niveau bestehen bleibt. Länder, die in den vergangenen Jahren Umschuldungen im Rahmen dieser gläubigerdominierten Strukturen durchgeführt haben, weisen weiterhin eine der höchsten

Belastungen weltweit auf. Zudem verschärfen die von den Gläubigern auferlegten Konditionen im Kontext der Umschuldungen die soziale Härte weiter.²⁸ Einzig im Falle Haitis, das eine Umschuldung mit seinem wichtigsten Gläubiger Venezuela außerhalb der von IWF, Pariser Club und G20 etablierten Strukturen durchgeführt hat, konnte eine Umschuldung in den vergangenen Jahren zu einer ernsthaften Entlastung beitragen.

Reformen, die diese problematischen Strukturen aufbrechen, werden von Ländern des Globalen Nordens – darunter Deutschland und die EU – bisher blockiert (siehe dazu auch „Kurswechsel statt Blockade“, ab S. 50). Eine radikale Neugestaltung der internationalen Schulden- und Finanzarchitektur ist jedoch dringend erforderlich. Dafür braucht es verbindliche Mechanismen zur Schuldenstreichung, deutlich ausgeweitete und verbindliche öffentliche Entwicklungsinvestitionen sowie eine grundlegende Neuausrichtung des primär auf private Finanzierungsquellen ausgerichteten Entwicklungsmodells.

- ¹ Zu den 198 untersuchten Länder zählen die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sowie die Cookinseln, Kosovo, Niue, die Palästinensischen Gebiete und Taiwan, die nicht von allen UN-Mitgliedstaaten als Staaten anerkannt werden.
- ² Bahrain, Cookinseln, Eritrea, Kuba, Liechtenstein, Monaco, Niue, Nordkorea, Taiwan, Venezuela.
- ³ Die Daten zum Schuldenstand beziehen sich – wie alle entsprechenden Angaben im vorliegenden Report – rückblickend auf den Stand zum 31.12.2024. Die Analyse der Schuldendienstzahlungen erfolgt hingegen vorausschauend für die kommenden drei Jahre, also für den Zeitraum 2026-2028. Siehe dazu auch die Box Methodik zum Artikel „Auslandsschuldenlast weltweit“ auf S. 24 f.
- ⁴ Zur Definition der Länder des Globalen Südens siehe Stutz, M. (2023): „[Verschuldete Staaten weltweit](#)“, S. 9 in: erlassjahr.de, Misereor: „Schuldenreport 2023“. Von den 192 untersuchten Staaten im vorliegenden Report zählen wir 152 zum Globalen Süden.
- ⁵ Kaufkraftbereinigte Werte (PPP) berücksichtigen die unterschiedlichen Preisniveaus zwischen Ländern. Menschen, die unterhalb der von der Weltbank definierten extremen Armutsgrenze von drei US-Dollar (PPP) leben, können sich von ihrem Tagesbudget in der Landeswährung etwa so viel kaufen, wie man in den USA mit 3,00 US-Dollar oder in Deutschland mit ca. 2,50 Euro erwerben könnte.
- ⁶ Die Informationen in diesem Absatz zu Kenia, Nigeria, Ghana und Äthiopien beziehen sich auf die Studie von ActionAid International (2025): „[The Human Cost of Public Sector Cuts in Africa](#)“.
- ⁷ Vgl. Reuters (26.09.2024): „[Audit reveals Senegal's debt and deficit higher than reported](#)“.
- ⁸ Doyle, P. Sylla, N. S. (2025): „[The IMF Should Clean Its Own House](#)“.
- ⁹ San Marino mit rund 30.000 Einwohner*innen ist eines der wenigen Länder weltweit, bei denen der Export aufgrund sehr hoher Re-Exporte das gesamte Bruttoinlandsprodukt übersteigt. Eine derart außenwirtschaftslastige Wirtschaftsstruktur kann zu einem hohen nominalen Auslandsschuldendienst führen, ohne dass daraus zwingend die gleichen Risiken resultieren, mit denen sehr hoch belastete Länder im Globalen Süden konfrontiert sind. Da San Marino den Euro als Zahlungsmittel nutzt, ohne zur Währungsunion zu gehören, wird der Kleinstaat als Land ohne monetäre Souveränität und damit wie dollarisierte Länder des Globalen Südens bewertet (siehe dazu auch [Methodikbox auf Seite 24-25](#)). Ein Anzeichen dafür, ob sich der sehr hohe Auslandsschuldendienst real negativ auswirkt, zeigt auch der Blick auf den Preis, zu dem Anleihen des Landes aktuell am Sekundärmarkt gehandelt werden: Tatsächlich muss San Marino potenziellen Investoren am Kapitalmarkt derzeit effektive Renditen im Bereich von vier Prozent oder mehr bieten, um Nachfrage zu erzeugen – weit mehr als das, was beispielsweise Deutschland oder auch Frankreich zahlen müssen. Gleichzeitig liegt dieser Wert



Bild: privat

Melani Gunathilaka Sri Lanka



„Sri Lanka befindet sich in einer schweren Schulden- und Wirtschaftskrise, die 2022 offen ausbrach und bis heute anhält. Ihre Ursachen reichen weit zurück in die Kolonialgeschichte sowie in Strukturreformen, die das Land seit der Unabhängigkeit im Rahmen von 17 IWF-Programmen umsetzen musste. Auch die aktuellen Maßnahmen des laufenden IWF-Programms führen zu wirtschaftlicher und sozialer Not. Besonders betroffen sind Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft: Viele leiden noch unter den Zerstörungen durch Zyklon Ditwah, eine der schwersten Umweltkatastrophen der letzten Dekade. Gleichzeitig treiben starke Preissteigerungen – unter anderem im Kontext des Iran-Kriegs – die Kosten für Dünger und Saatgut in die Höhe. Zusammen mit stark gestiegenen Lebenshaltungskosten und gekürzten oder gestrichenen Subventionen können viele Bäuerinnen ihre Produktions- und Lebensgrundlagen nicht mehr sichern. In der Folge boomt der Mikrokreditmarkt und treibt viele Frauen in Überschuldung. In den vergangenen Jahren haben sich mehrere hundert Frauen, darunter viele Mütter, das Leben genommen, weil sie ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten. Die ungelöste öffentliche Schuldenkrise, unzureichende Schuldenerleichterungen internationaler Gläubiger und die geforderten Anpassungsmaßnahmen führen in Sri Lanka so aktuell zu einem tödlichen Kreislauf der privaten Verschuldung.“²⁹

Melani Gunathilaka ist Aktivistin für Klima und Menschenrechte und Mitglied im Yukthi-Kollektiv, einem Zusammenschluss von Feminist*innen, Ökonom*innen, Aktivist*innen und Umweltschützer*innen in Sri Lanka.

Sri Lanka gehört laut Analyse im Schuldenreport 2026 zu den sehr hoch belasteten Staaten. Trotz einer Umschuldung in den letzten Jahren weist das asiatische Land weiterhin eine der höchsten Auslandsschuldenbelastungen weltweit auf. Die Umschuldung wurde weitestgehend 2022 bis 2024 unter dem Übergangspräsidenten Ranil Wickremesinghe im Rahmen eines IWF-Programms ausgehandelt. Wickremesinghe kam nach den Protesten 2022 und dem Rücktritt seines Vorgängers ohne neue Wahlen ins Amt, wurde von vielen Menschen als nicht ausreichend legitimiert angesehen und 2024 deutlich abgewählt.

noch deutlich unter den Refinanzierungskosten von Ländern im Globalen Süden, vor allem von denjenigen mit einer sehr hohen Auslandsschuldenlast. Die sehr hohe Auslandsverschuldung zeigt demnach durchaus Effekte, jedoch sind bisher keine Anzeichen einer akuten Auslandsschuldenkrise erkennbar.

¹⁰ Dabei handelt es sich um: Andorra, Belize, Ecuador, El Salvador, Georgien, Guinea, Grenada, Guatemala, Honduras, Indonesien, Komoren, Republik Kongo, Madagaskar, Mosambik, Nicaragua, Niger, São Tomé und Príncipe, Seychellen, Sierra Leone, Südsudan, Tansania, Tschad, Uganda, Usbekistan, Zentralafrikanische Republik.

¹¹ Argentinien, Burundi, Dominica, Fidschi, Kolumbien, Lesotho, Malawi, Mauritius, Nepal, Palau, Panama, Simbabwe, Syrien, Ukraine, Vanuatu. Für Syrien und Panama stehen keine Daten für den Auslandsschuldendienst zur Verfügung. Es ist daher möglich, dass diese Länder bereits hoch oder sehr belastet sind.

¹² erlassjahr.de (ohne Datum): [Länderschwerpunkt Ukraine: Schuldenerlass für den Neustart nach dem Krieg](#).

¹³ So berichtet die syrische Zentralbank beispielsweise von 17 Milliarden US-Dollar ausstehenden Schulden an den Iran, während einige iranische Quellen auf Forderungen in Höhe von 30 bis 50 Milliarden US-Dollar hinweisen. Vgl. Weltbank (2025): [„Syria Macro-Fiscal Assessment“](#).

¹⁴ Der Deal wurde bereits im September 2024 vereinbart, jedoch erst in der Aktualisierung der Weltbankdatenbank im Jahr 2025 berücksichtigt.

¹⁵ Tatsächlich ist es in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung weiterhin umstritten, warum hoch belastete Länder nicht häufiger von Zahlungseinstellungen Gebrauch machen, da die daraus resultierenden negativen Konsequenzen oft weniger gravierend sind als vielfach angenommen. Siehe zu dieser Diskussion u. a. Roos (2019): [„Why Not Default?“](#).

¹⁶ Siehe dazu u. a. Milanović, B. (2025): [„The Great Global Transformation“](#).

¹⁷ erlassjahr.de (2021): [„Handbuch: Von Gläubigern und Schuldern – Informationen und Lösungsideen zur Schuldenkrise im Globalen Süden“](#), S. 13.

¹⁸ Grundlage ist die Einteilung der Weltbank in Länder mit niedrigem, niedrigerem-mittlerem, hohem-mittlerem und hohem Einkommen.

¹⁹ Siehe u. a. Reinhart et al. (2016): [„Global Cycles: Capital Flows, commodities, and sovereign defaults“](#).

²⁰ Nach Untersuchungen der OECD sind die Renditen von US-Staatsanleihen seit 2022 so stark und schnell gestiegen wie seit mindestens 1994 nicht mehr. OECD (2025): [„Global Debt Report: Financing Growth in a Challenging Debt Market Environment“](#), S. 117.

²¹ Weltbank (2025): [„International Debt Report“](#), S. xi.

²² Siehe Banse, F. (2021): [„Der ‘globale Pool privaten Geldes’ in Afrika – Anleihemärkte in lokaler Währung und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit“](#).

²³ Latindadd (2024): [„Domestic Public Debt – Is domestic debt the best financing alternative for our countries? A Latin American perspective“](#).

²⁴ Ebenda, S. 23.

²⁵ Vgl. Reuters (20.03.2026): [„Which economies will hurt most from Iran war?“](#).

²⁶ Vgl. The Interpreter (10.03.2026): [„The economic fallout of the Iran war for Indo-Pacific developing countries“](#).

²⁷ The Daily Star (18.03.2026): [„Middle East tension may slow remittance inflows“](#).

²⁸ ActionAid International (2026, forthcoming).

²⁹ Auszug aus einem [Interview mit Melani Gunathilaka zur Schuldensituation Sri Lankas](#), erlassjahr.de (April 2026, forthcoming).

Box: Methodik zum Artikel „Auslandsschuldenlast weltweit“

Im Schuldenreport werden zwei Risikofaktoren von **öffentlichen Auslandsschuldenkrisen** untersucht:

→ Mit einer quantitativen Analyse wird die **öffentliche Auslandsschuldenlast** der einzelnen Staaten weltweit untersucht. Die dafür verwendete Methodik wird in dieser Box erläutert.

→ Zusätzlich werden im Artikel „Auslandsschuldenlast weltweit“ im Rahmen einer qualitativen Betrachtung **globale Krisendynamiken** in den Blick genommen. Denn das Entstehen einer öffentlichen Auslandsschuldenkrise hängt nicht allein von der Schuldenlast des einzelnen Landes, sondern auch von weiteren Faktoren ab. Neben länderspezifischen Aspekten spielen dabei insbesondere globale Dynamiken wie Rohstoffpreise, Zinssätze und Kapitalbewegungen eine entscheidende Rolle.

Schuldenindikatoren der quantitativen Analyse

öffentlicher Auslandsschuldendienst
jährliche Staatseinnahmen

Gibt Aufschluss darüber, ob die Zins- und Tilgungsverpflichtungen an ausländische Gläubiger den fiskalpolitischen Handlungsspielraum eines Landes akut gefährden

Der Indikator zeigt, welcher Anteil des Staatshaushalts für den Auslandsschuldendienst verwendet wird. Dabei werden Zinsen und Fälligkeitsdatum der Schulden berücksichtigt. Für die Analyse im Schuldenreport wird der Durchschnitt über drei Jahre betrachtet, um den Einfluss jährlicher Schwankungen abzumildern.

öffentlicher Auslandsschuldenstand
Bruttoinlandsprodukt
oder Bruttonationaleinkommen

Misst die Relation aller ausstehenden Auslandsschulden zur gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung eines Landes.

Dieser Indikator eignet sich als Frühwarnindikator, um auf mögliche Probleme der Auslandsverschuldung im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft hinzuweisen.

öffentlicher Auslandsschuldenstand
Exporteinnahmen

Zeigt, wie gut ein Land in der Lage ist, seine Auslandsschulden aus Exporterlösen zu bedienen.


Eignet sich ebenfalls als Frühwarnindikator, um auf mögliche Probleme der Auslandsverschuldung im Verhältnis zu den erzielten Exporterlösen hinzuweisen. Dieser Indikator ist besonders aussagekräftig, wenn ein großer Anteil der Auslandsschulden in ausländischer Währung denominated ist, da Exporterlöse dann eine der wichtigsten Gegenfinanzierungsquellen darstellen.

Währungsdenomination und Stellung der Währung in der internationalen Währungshierarchie


Neben den drei genannten Schuldenindikatoren fließt in die Beurteilung der Auslandsschuldensituation ein, wie groß der Anteil der ausstehenden Schulden an ausländische Gläubiger ist, der in **ausländischer Währung** denominated ist. Denn aus der Verschuldung in Fremdwährung resultiert ein Druck zur Erhöhung von Exporteinnahmen als einer der wesentlichen Gegenfinanzierungsquellen. Schuldnerländer tragen auch das Wechselkursrisiko. Die Zentralbank der Schuldnerländer kann zudem weder als „Kreditgeber der letzten Instanz“ agieren, noch durch geldpolitische Maßnahmen die Refinanzierung der Staatsschulden indirekt erleichtern (vgl. erlassjahr.de (2021): „Handbuch: Von Gläubigern und Schuldner – Informationen und Lösungsideen zur Schuldenkrise im Globalen Süden“, S. 13 und 26).

Ebenfalls berücksichtigt wird, ob es sich bei der Währung des Schuldnerlandes um eine **Hart- oder eine Weichwährung** handelt (siehe Tabelle im hinteren Umschlag). Denn für Weichwährungsländer führt eine Verschuldung in inländischer Währung zwar nicht in gleicher Weise zu einem Exportdruck, wie wenn die Schulden in ausländischer Währung denominated sind. Die geldpolitischen Möglichkeiten, die Refinanzierungsbedingungen aktiv zu beeinflussen, sind jedoch sehr viel eingeschränkter als für Hartwährungsländer.


Analyse-Kategorien der Auslandsschuldenlast

Der Staatshaushalt gilt als **sehr hoch belastet**, wenn: 


- der öffentliche Auslandsschuldendienst in den nächsten drei Jahren (2026-2028) durchschnittlich mehr als 15 Prozent der Staatseinnahmen entspricht
- UND mehr als 50 Prozent des öffentlichen Auslandsschuldenstands in ausländischer Währung denominiert ist ODER es sich bei der Landeswährung des Schuldenerlandes um eine Weichwährung handelt.

Der Staatshaushalt gilt als **hoch belastet**, wenn: 


- der öffentliche Auslandsschuldendienst in den nächsten drei Jahren (2026-2028) durchschnittlich mehr als 10 Prozent der Staatseinnahmen entspricht
- UND mehr als 50 Prozent des öffentlichen Auslandsschuldenstands in ausländischer Währung denominiert ist ODER es sich bei der Landeswährung des Schuldenerlandes um eine Weichwährung handelt.

Ein **Belastungsrisiko** wird identifiziert, wenn: 

- der öffentliche Auslandsschuldendienst in den nächsten drei Jahren (2026-2028) durchschnittlich weniger als 10 Prozent der Staatseinnahmen beträgt
- ABER der öffentliche Auslandsschuldenstand mehr als 40 Prozent des Bruttonationaleinkommens beträgt ODER der öffentliche Auslandsschuldenstand mehr als 150 Prozent der jährlichen Exporteinnahmen beträgt ODER der IWF die Auslandsverschuldung als nicht tragfähig identifiziert
- UND mehr als 50 Prozent des öffentlichen Auslandsschuldenstands in ausländischer Währung denominiert sind ODER es sich bei der Landeswährung des Schuldenerlandes um eine Weichwährung handelt.

Die Auslandsschuldensituation wird als **uneindeutig** beschrieben, wenn: 


- mindestens einer der drei Schuldenindikatoren den oben genannten Grenzwert überschreitet, das heißt, der öffentliche Auslandsschuldendienst in den nächsten drei Jahren mehr als 10 Prozent der Staatseinnahmen entspricht, der öffentliche Auslandsschuldenstand mehr als 40 Prozent des Bruttonationaleinkommens beträgt oder mehr als 150 Prozent der jährlichen Exporteinnahmen beträgt
- UND mehr als 50 Prozent des öffentlichen Auslandsschuldenstands in der Währung des Schuldnerlandes denominiert ist, ABER die Beurteilung schwerfällt, ob es sich um ein Weichwährungsland handelt beziehungsweise ob die oben beschriebenen Vorteile einer harten Währung dem Schuldnerland zugutekommen.


Kein Risiko einer öffentlichen Auslandsschuldenkrise existiert, wenn: 


- Keiner der drei Schuldenindikatoren den oben genannten Grenzwert überschreitet
- ODER mehr als 50 Prozent des öffentlichen Auslandsschuldenstands in der Währung des Schuldnerlandes denominiert ist UND es sich um ein Hartwährungsland handelt.

Vergleich zur Vorjahresanalyse

Neben der Bewertung der aktuellen Auslandsschuldenlast wird für die Länder mit sehr hoher Belastung, hoher Belastung oder mit einem Belastungsrisiko ein Vergleich zur Vorjahresanalyse gezogen (siehe Pfeile auf der Karte im vorderen Umschlag).

 Die Belastung (der öffentlichen Haushalte) ist **gestiegen**, wenn sich die Auslandsschuldensituation um mindestens eine Kategorie – etwa von hoch auf sehr hoch belastet – verschlechtert hat ODER wenn sie weiterhin mit der gleichen Kategorie beschrieben wird, aber sich die drei Schuldenindikatoren mehrheitlich um mindestens 10 Prozent verschlechtert haben.

 Die Belastung (der öffentlichen Haushalte) ist **gesunken**, wenn sich die Auslandsschuldensituation um mindestens eine Kategorie – etwa von hoch belastet zu Belastungsrisiko – verbessert hat ODER wenn sie weiterhin mit der gleichen Kategorie beschrieben wird, aber sich die drei Schuldenindikatoren mehrheitlich um mindestens 10 Prozent verbessert haben.

 Die Entwicklung wird als **gleichbleibend** beschrieben, wenn die aktuelle Belastung weiterhin mit der gleichen Kategorie beschrieben wird und sich die drei Schuldenindikatoren mehrheitlich weder um 10 Prozent verbessert noch verschlechtert haben.